



Ausgabe 2/2011

4. Februar 2011

## Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

### Auftaktaktion in München zu den Tarifverhandlungen TV-L



Bei Sonnenschein und besten äußeren Bedingungen führte die GdP Bayern in Zusammenarbeit mit ver.di München einen Tag vor der Aufnahme der bundesweiten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei den Bundesländern eine Auftaktaktion durch. Die Veranstaltung



fand vor dem Bayer. Finanzministerium in München statt. Hierbei zeigte eine stattliche Anzahl von 300-400 Demonstranten aus dem Bereich der Tarifbeschäftig-

ten ebenso wie aus dem Beamtenbereich laut und deutlich ihren Unmut über die bisherigen Signale der Tarifgemeinschaft der Länder.

Für die GdP beteiligten sich Kolleginnen und Kollegen des PP Schwaben Süd/West, PP Oberbayern Nord und Süd sowie des PP Niederbayern an der Auftaktveranstaltung. Selbstverständlich ließen es sich auch Tarifler

und Beamte aus den Münchner Dienststellen, u.a. PP München, Landeskriminalamt und Landesamt für Verfassungsschutz nicht nehmen, für ihre Forderungen in der kommenden Tarifrunde einzutreten. Neben der Tarifvertreterin im GLBV Karin Peintinger waren auch weitere Kollegen des Landesvorstands wie die beiden stv. Landesvorsitzenden Peter Schall und Carsten Lindemann vor Ort. Sogar Pensionisten und verdiente GdPler wie Erwin Zacherl oder Walter Röhlting waren unter den Demonstranteilnehmern zu sehen. Kein Wunder, wurde doch den Beamten durch Ministerprä-

### Sachstand zur Ausgleichszulage für besondere Altersgrenzen

Wie allgemein bekannt war im ersten Entwurf des Gesetzes zum Neuen Dienstrecht die nach dem alten § 48 BeamtVG vorgesehene Ausgleichszahlung für besondere Altersgrenzen von 4.091 • einfach nicht mehr vorgesehen, da die Grundlage für deren Einführung mit Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie der weiteren Möglichkeit, den Ruhestand um weitere 3 Jahre (Antrag jeweils für ein Jahr) hinauszuschieben entfallen sei. Bei ihrer Einführung gab es damals für Polizeibeamte keinerlei Möglichkeit, freiwillig länger zu arbeiten, sondern mit Vollendung des 60. Lebensjahres musste der Ruhestand angetreten werden. Infolge fehlender Dienstjahre hatten damals viele Kollegen Probleme, das Höchstniveau des Ruhestandsgelalts zu erreichen. **Durch unseren entschiedenen Widerstand** konnte zwar die Abschaffung nicht verhindert, aber zumindest eine Übergangslösung erreicht werden. Im neuen Bayer. BeamtVG wurde in Art. 103/XII ein Stufenplan ins Gesetz aufgenommen, der für die Jahrgänge 1951 - 1955 die komplette Zahlung vorsieht, die dann für jeden späteren Geburtsjahrgang jeweils um 800 • reduziert wird und ab Geburtsjahrgang 1960 komplett entfällt.

Die Ausnahme bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit mit 20 Jahren Wechselschicht-dienst oder ähnlich belastende Dienste zu ungünstigen Zeiten (wobei bis heute nicht abschließend geklärt ist, welche Dienstarten darunter fallen) vom sonst fälligen Versorgungsabschlag gilt nach unserer Auffassung auch für die Ausgleichszulage. Finanzministerium und Haushaltspolitiker sehen das anders, sie wollen die übergangsweise vorgesehene Ausgleichszulage nur demjenigen geben, der auf den sog. Antragsruhestand verzichtet und bis zur für ihn individuell geltenden Altersgrenze arbeitet. Wer auch nur um einen Monat verkürzt, soll das Geld verlieren. **Dies ist falsch und systemwidrig.** Aufgrund unseres ständigen Nachhakens, u.a. wurden auch die Fraktionen bei unseren Besuchen im Landtag auf diese Problematik hingewiesen, soll nochmals mit dem Finanzministerium verhandelt werden, so Innenminister Herrmann vor dem Arbeitskreis Polizei der CSU. (PSch)

#### V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bayern  
Satz und Layout: Markus Wimmer  
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de  
Telefon: 089/578388-50  
Telefax: 089/578388-9050



## Auftaktaktion in München zu den Tarifverhandlungen TV-L

sident Seehofer schließlich schon eine Nullrunde angekündigt. Diese gilt es nun im solidarischen Kampf mit den Tarifbeschäftigten doch noch abzuwenden.

Als Sprecher der Auftaktaktion wies u.a. Peter Schall auf die stetig mehr werdenden Belastungen im Öffentlichen Dienst sowie im Besonderen im Polizeidienst hin. Er ließ keinen Zweifel daran, dass im Kampf um eine gerechte Entlohnung alle zusammenstehen würden und dafür antreten würden, diese auch durchzusetzen. Alle seien es leid, immer zurückzustehen und auf bessere Zeiten



zu warten, die ja laut Wirtschaftsinstituten längst da sind. „Der Öffentliche Dienst ist mehr wert“, so Schall. Der ver.di-Bezirksvorsitzende München Heiner Birner rief noch mal die Ziele der Gewerkschaften in der am 4.2.2011 beginnenden Tarifrunde in Erinnerung: **wir fordern für alle Entgeltgruppen eine Erhöhung um 50 Euro und dann eine Aufstockung um weitere 3, 1 %**. Die GdP wird den Verlauf der Tarifverhandlungen mit allen Details verfolgen und bewerten und bei Bedarf weitere Aktionen in Zusammenarbeit mit ver.di und GEW starten.

## GdP-Landesvorstand zu Beratungen bei der SPD-Landtagsfraktion

Der neue Landesvorstand besuchte unter Teilnahme von Landesvorsitzenden Helmut Bahr, Karin Peintinger, Jürgen Schneider, Carsten Lindemann und Herbert Kern bereits zum zweiten Mal die SPD Landtagsfraktion. Die Sorgen und Nöte der Polizeibeschäftigten diskutierten wir mit unseren GdP-Mitgliedern MdL Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und unserem Ehrenvorsitzenden MdL Harald Schneider, sowie der sicherheitspolitischen Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, Frau MdL Helga Schmitt-Bussinger und dem früheren Straubinger Oberbürgermeister Herrn MdL Reinhold Perlak.

Karin Peintinger, die für den Tarifbereich zusätzlich in den gLBV gewählt wurde, machte auf die besonderen Belange der Tarifbeschäftigten aufmerksam. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer freute sich ganz besonders, dass der Delegiertentag in Regensburg zwei Tarifbeschäftigte in den gLBV gewählt hat. Dies ist nach seiner Meinung auch unbedingt notwendig, da es besonders im Tarifbereich der Polizei

großen Nachholbedarf bei den Stellenhebungen gibt. Karin Peintinger schilderte dann die besonderen Belastungen ihrer Kolleginnen und Kollegen durch die Wiederbesetzungssperre, die enorme Auswirkungen auf das Arbeitsergebnis und die Belastung des Einzelnen hat. Schließlich besteht auch die Angst, nach einem Jahr ohne Nachersatz überhaupt keine Neueinstellung mehr durchzuführen.

In den Ballungsräumen können die Tarifbeschäftigten von ihren geringen Gehältern alleine nicht leben und daher haben in der Regel alle einen Nebenerwerb. Wer 40 Stunden in der Woche arbeitet sollte, so bezahlt werden, dass er selbst im Ballungsraum München und Nürnberg davon leben kann, forderte Herbert Kern aus Mittelfranken ein.

Ein großes Problem der Bayer. Polizei ist die Überalterung in manchen Bereichen, stellte Landesvorsitzender Helmut Bahr fest. Die Personalnot in den Dienstgruppen und eine Erhöhung der Gewaltbereit-

schaft gegenüber von Polizeibeamten führt inzwischen zu untragbaren Zuständen. MdL Harald Schneider schätzt, dass ca. 100 Polizeiinspektionen in Bayern zur Nachtzeit nur mit drei oder vier Beamten besetzt sind und Unterstützungskräfte über Dutzende von Kilometern anfahren müssen, um ihren Kolleginnen und Kollegen zu Hilfe zu kommen.

Die SPD-Parlamentarier wollen sich mittels einer mit der GdP abgestimmten Landtagsabfrage über die derzeitige Personalsituation der Bayer. Polizei informieren. Wie haben sich die Sollstellen und insbesondere das tatsächlich verfügbare Personal in den einzelnen Dienststellen in den letzten Jahrzehnten entwickelt? Hierüber möchte man konkrete Zahlen haben, um daraus die notwendigen Schlüsse ziehen zu können. Allgemein wurde befürchtet, dass es durch die Polizeireform zu keiner tatsächlichen Personalmehrung an der „echten Basis“ gekommen ist. Herbert Kern aus Schwabach wies noch auf den Bevölkerungszu-



## GdP-Landesvorstand zu Beratungen bei der SPD-Landtagsfraktion



Von links: Peter-Paul Gantzer, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Perlak, Herbert Kern, Jürgen Schneider, Carsten Lindemann, Harald Schneider, Karin Peintinger und LV Helmut Bahr

wachs in den letzten Jahren in Bayern (ca. 1,5 Mio. in den letzten 20 Jahren), Carsten Lindemann auf die zusätzlichen Belastungen durch die Gewalt bei Fußballspielen selbst in der 3. Liga und Jürgen Schneider auf die besonderen Belastungen der Bereitschaftspolizei durch die Castor Transporte und den Tourismus der Einsatzeinheiten der Bepo in andere Bundesländer hin. Ärgerlich sei, so Jürgen Schneider, dass die Kolleginnen und Kollegen der Bepo oft unter den widrigsten Umständen (oft abgeschnitten von der Verpflegung, ohne die vorgeschriebenen und notwendigen Ruhezeiten, ohne die Möglichkeit seine Notdurft zu verrichten, was sich insbesondere für die Kolleginnen zu einem echten Problem bei manchen Einsätzen heraus gestellt hat) hin. Es ist deshalb eine Neuberechnung der Sollstärken und ein Personalentwicklungsplan, der auch die erhöhten Pensionierungen ab 2015 berücksichtigt, dringend erforderlich, führte Landesvorsitzender Helmut Bahr weiter aus. MdL Helga Schmitt-Bussinger wies auf den gewaltigen Investitionsstau hin und erklärte, dass Polizeibeschäftigte in manchen Dienstgebäuden Dienst leisten müssen, deren baulicher Zustand kaum zu beschreiben ist.

### Bericht aus dem Landtag - wann startet die Evaluierung?

Die Polizeireform in Bayern ist seit weit über einem Jahr abgeschlossen. Der Innenausschuss des Landtags war sich einig, dass die Reform evaluiert werden muss. Um einen einstimmigen Beschluss zu erreichen, habe ich im Innenausschuss dem Kompromissvorschlag zugestimmt, dass der Evaluierungsbericht erst im Herbst 2011 erfolgen soll. Diesem Antrag wurde parteiübergreifend am 23. Juni 2009 im Landtag zugestimmt.

Der Ausschuss für kommunale Fragen und Innere Sicherheit sollte bereits in Form und Vergabe der Evaluation einbezogen werden, um diese politisch begleiten zu können. Nunmehr haben wir 2011 und bis zum kalendarischen Herbstbeginn am 23. September ist es nicht mehr weit. Einstimmig wurde beschlossen, dass eine Evaluierung von Außen erfolgen soll. Dies ist ebenso klare Linie der GdP Bayern und der im Landtag vertretenen Parteien.

In Gesprächen im Ministerium mit allen Vertretern der Berufsvertretungen und des Hauptpersonalrates im letzten Jahr, wurde Einigkeit darüber erzielt, dass es nicht sinnvoll ist, eine Unternehmensberatung

zu beauftragen. Die Erfahrungen mit externen Unternehmen waren in anderen Bereichen der Staatsverwaltung nicht uneingeschränkt positiv. Die Gesprächsteilnehmer lehnten es aber auch ab, dass die Evaluierung von einer anderen Polizeiabteilung eines anderen Bundeslandes durchgeführt wird. Nach dem Motto „Die eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!“ wurde hier befürchtet, dass es an der notwendigen Objektivität fehlen könnte.

Einstimmigkeit herrschte darüber, dass Berufs- und Personalvertretungen in die Evaluierung von Beginn an mit einbezogen werden. In diesem Gespräch wurde die Möglichkeit ins Spiel gebracht, die Reform von der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) unter Einbeziehung der Berufs- und Personalvertretungen zu evaluieren. Mittlerweile sind wieder Monate ins Land gezogen und beim Gespräch mit Innenminister Herrmann am 19. Januar wurde von der GdP die Evaluierung der Reform angemahnt. Bisher sind aus dem Ministerium keinerlei Aktivitäten bekannt, um die Evaluierung nach vorne zu bringen.

Um den Prozess zu beschleunigen, habe ich jetzt im Landtag einen Antrag gestellt und folgende Fragen aufgeworfen:

1. Welche Schritte zur Evaluierung der Polizeireform wurden von Seiten des Innenministeriums bisher unternommen?
2. Wurde bereits geklärt, wie der Begriff „externe Überprüfung“ von Seiten des Ministeriums ausgelegt wird? Ist daran gedacht eine Polizeiabteilung aus einem anderen Bundesland mit der Evaluierung zu beauftragen.
3. Ist eine Ausschreibung der Evaluierung notwendig?

Ich bin gespannt, welche Antwort ich vom Ministerium erhalten werde. Um es zum wiederholten Mal zu betonen: es geht nicht um Schuldzuweisungen oder darum, die Polizeireform zurückzudrehen. Es geht darum, die erkannten Fehler zu korrigieren.

In diesem Sinn grüßt Euch

Euer Harald Schneider, MdL  
Parlamentarischer Berater der GdP Bayern